

## Agenda



## So «offen» wie ein EU-Land

Von Daniel Vischer

Vordergründig war das EWR-Nein vor 20 Jahren ein Sieg Christoph Blochers. Substanziell wollte vor allem die vereinigte Grosswirtschaft den EWR. Die SVP kämpfte um die anachronistische Reduit-Schweiz. Der Mehrheit der Linken ging es dagegen gerade um die gegensätzliche Optik einer «Schweiz der Öffnung». Dabei hatte sich das Reduit bereits nach 1989 klammheimlich verabschiedet. Eine massgebende Sozialdemokratin sagte mir damals, nach dem Untergang des Sozialismus sei die EU zum neuen linken Fanal geworden. Ich konnte mit dem nie etwas anfangen. Die Grünen hatten sehr wohl gute Gründe für ihr Nein zum EWR aus ökologischer, sozialer wie vor allem demokratiepolitischer Werte. Dumm war nur die hundertprozentige Kehrtwende am Tag nach der Abstimmung.

Die Mängel des EWR bestritten auch die meisten linken Befürworter nicht, sie erhofften sich indes über ein Ja den umgehenden EU-Beitritt. Den nicht zu wollen, dafür sprach auch aus linker und grüner Optik ebenfalls vieles, worunter die Referendumsdemokratie nur ein, freilich wichtiger, Punkt ist. Der EU-Binnenmarkt ist zu einer Deregulierungs- und Privatisierungsmaschine geworden, was auch bei vielen Gewerkschaften zu einer ablehnenden Haltung führte. Neueste Umfragen zeigen, dass noch ganze elf Prozent der Bevölkerung einem Beitritt zuneigen. Das hat sicher auch mit der aktuellen Eurokrise zu tun. Wobei Spott hier fehl am Platz ist. Denn die Einführung des Euro war zwar ein wichtiger Schritt für die globale wirtschaftliche Behauptung der westeuropäischen Kernländer, beruhte in seiner konkreten Konstruktion jedoch auf einseitig falschen Austeritätskriterien.

Die Geschichte hat Christoph Blocher aber keineswegs recht gegeben. Denn er wollte den bilateralen Weg nie. Dieser erwies sich aber allen Unkenrufen zum Trotz bis jetzt durchaus als Erfolgsschiene. Das Paradoxe dabei ist: Obgleich von der SVP bekämpft, war gerade er Garant dafür, dass die Schweiz nicht von einem Tag auf den anderen zum Beitritt gezwungen wird. In diesem Sinne hat sich Blocher auch als Player vom realen Gefecht um die Zukunft des Landes verabschiedet, so sehr seine ideologischen Duftmarken nach wie vor Beachtung finden mögen.

Es ist aber auch völlig anders gekommen, als die linken EU-Fans damals beschworen. Die Schweizer Industrie erlitt nicht die prohezeiten Nachteile, das soziale Netz liegt sicher nicht unter dem EU-Standard, und es bestehen ökologisch und vor allem verkehrspolitisch Vorteile (Alpeninitiative!), die allerdings zu wenig genutzt werden. Mit Grund spielt aber auch der lange vorherrschende Hauptdiskurs der «Öffnung» heute keine wirkliche Rolle mehr. Die Schweiz ist genauso offen oder eben nicht offen wie irgendein EU-Land. Für den Diskurs der Werte braucht es ebenso keinen Beitritt, der ist eh grenzenlos. Bleibt die Frage der Solidarität. Ich erachtete es als weitaus solidarischer, würde die Schweiz ihre Entwicklungshilfe um das erhöhen, was sie eine Zahlung in den EU-Kohäsionsfonds kostete.

## WWZ-Corner

## Kutscher brauchen Bremsen

Von Rolf Weder

Die Europäische Union (EU) hat, wie viele Institutionen, einen Hang zur Zentralisierung. Es besteht eine Tendenz in Richtung einer zu starken politischen Integration. Das heisst, Aufgaben werden von der EU übernommen, die von Mitgliedern einfacher und besser – auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten – erledigt werden könnten. Ein frappantes Beispiel ist der gemeinsame Euro, dessen Kosten nicht nur die EU wohl noch lange beschäftigen werden. So fördert die gemeinsame Währung tendenziell den fahrlässigen Aufbau von Staatsschulden und behindert wirtschaftliche Anpassungen zwischen den unterschiedlichen Mitgliedern. Leider will die Politik das Problem durch mehr Integration lösen, anstatt dass sie die Grenzen derselben erkennt.

Die kürzlich von der EU-Kommission bis zum Jahr 2020 anvisierte Mindestquote von 40 Prozent für Damen in Verwaltungsräten in allen Mitgliedern – unabhängig von Kultur, Wirtschaftsstruktur und Frauenanteil in den Arbeitsmärkten – ist ein weiteres Beispiel unter vielen. Dass die EU-Kommission ein Interesse hat, die politische Integration und damit ihren Einfluss zu fördern, erstaunt nicht. Immerhin müssen die Vorschläge in der Regel aber vom Ministerrat der EU und dem EU-Parlament abgesegnet werden. Die Frage stellt sich, ob diese Hürde ausreicht und wie die in diesem Zusammenhang geplanten institutionellen Reformen in der EU zu beurteilen sind. In einem kürzlich publizierten wissenschaftlichen Artikel gehen Herb Grubel (Simon Fraser University, Kanada) und ich dieser Frage nach.<sup>1</sup>

Interessant ist, dass die Präsidentinnen und Präsidenten der EU-Mitgliedstaaten, die sich regelmässig im EU-Rat (offiziell nennt man ihn den Europäischen Rat) treffen, schon im Jahre 2001 zu einer erstaunlichen Einsicht kamen, die in der sogenannten Laeken-Deklaration veröffentlicht wurde. Die EU müsse den Bürgern und Bürgerinnen nähergebracht werden – ja, viele würden die EU als Bedrohung der eigenen Identität betrachten und seien besorgt darüber, dass die EU sich zu stark mit Angelegenheiten beschäftige, die besser den Repräsentanten der Mitgliedstaaten

überlassen würden, heisst es dort. Einige Ökonomen betonen denn auch schon seit Längerem, dass die Kontrolle durch die Bürgerinnen und Bürger zu wenig ausgeprägt und dies ein wichtiger Grund für die zu starke politische Integration sei. Ein Ziel der Verfassungsreform der EU, die in Form des Lissabon-Vertrags umgesetzt wurde, war denn auch die Verminderung des oft erwähnten Demokratiedefizits.

Aufgrund des Werbematerials der EU-Kommission zum Lissabon-Vertrag kann man bereits auf ein ambivalentes Resultat schliessen. Die Kommission motiviert nämlich den neuen Vertrag unter anderem mit der Verbesserung der Handlungsfähigkeit der EU (Entscheidungen können schneller gefällt werden) und betont gleichzeitig die verbesserte demokratische Legitimation (mehr Einflussnahme durch Mitgliedstaaten). Der erste

Eine stärkere Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen am politischen Prozess der EU wäre wichtig. Wir betonen dabei das fakultative Referendum.

Punkt reduziert die demokratische Kontrolle, der zweite erhöht sie. Die detaillierte Betrachtung zeigt nun, dass die Entscheide auf EU-Ebene ab 2014 in der Tat einfacher werden und dass eine weitergehende Zentralisierung so wahrscheinlich ist. Gleichzeitig erweisen sich die neuen Einflussrechte der nationalen Parlamente sowie der Bürger als wenig wirksam. Insbesondere die ab April 2012 geltende Bürgerinitiative entpuppt sich bei genauem Hinsehen nur als aufwendige Petition: Sie kann die EU-Kommission nur auffordern, in neuen Gebieten aktiv zu werden – wenn sie denn will –, und sie muss in den Mitgliedstaaten extrem breit abgestützt sein. Dabei wäre gerade eine stärkere Beteiligung der Bürger und Bürgerinnen am politischen Prozess der EU wichtig. Wir betonen dabei weniger das Initiativrecht, sondern vielmehr das fakultative Referendum. Dieses gibt dem Volk die Möglichkeit, neuen Aktivismus von Politik und Verwal-

lung im Nachhinein infrage zu stellen. Es erleichtert den Eintritt von Bürgern und Bürgerinnen von aussen in den politischen Markt, was dazu führt, dass die Politiker bereits die Möglichkeit dieses Eintritts in ihrem eigenen Verhalten im Vorfeld berücksichtigen. Dadurch steigt die politische Kontrolle durch die Bürger auf der Ebene einzelner Sachgeschäfte, ohne dass Referenden tatsächlich ergriffen werden müssen. Die EU würde heute wohl anders aussehen, wenn die Bürger und Bürgerinnen auf diese Weise stärker eingebunden wären. Die Währungsunion wäre wohl kaum eingeführt worden. Zumindest wäre die sogenannte Rettung in der seit zwei Jahren praktizierten Form kaum möglich gewesen. Auch die anfangs erwähnte Quote dürfte in einer flexibleren, auf die Länder angepassten Variante angestrebt werden. Ja, ich könnte mir gut vorstellen, dass wichtigere Dinge in den Vordergrund treten würden – vielleicht die Verhinderung der staatlich subventionierten Überfischung der Meere.

Kollege Reiner Eichenberger (Professor für Finanz- und Wirtschaftspolitik an der Universität Freiburg) hat die Demokratie einmal mit einer Kutsche verglichen, auf welcher der Kutscher (das Volk) die Pferde (die Politiker) gut kontrollieren können muss, damit die Kutsche nicht vom Weg abkommt oder gar verunfallt. Je besser die Bremsen, desto schnellere Pferde kann der Kutscher anschnallen. Unsere Analyse impliziert, dass die EU in Zukunft noch ungestümere Pferde haben wird, ohne dass die Kutscher aus den 27 Mitgliedsländern gute Bremsen haben.

Es versteht sich von selbst, dass ein Kutscher, welcher auf einer kleinen, mit ausgezeichneten Bremsen ausgestatteten Kutsche (mit wohl auch etwas weniger wilden Pferden) sitzt, sich gut überlegen muss, ob er (oder sie) auf dem Bock des EU-Gefährts Platz nehmen will.

<sup>1</sup> Rolf Weder und Herbert G. Grubel (2012): «A Note on Political Contestability and the Future of the European Union», *Kyklos*, Vol. 65, No. 3 (August), S. 408–423.

Rolf Weder ist Professor für Aussenwirtschaft und Europäische Integration an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät (WWZ) der Universität Basel.

## Hick-up

## Trügerische Gesichter und das zu sorglose Alter

Von Martin Hicklin

Man muss ja nicht sein halbes Leben und ein beträchtliches Vermögen beim Pokern verloren haben, um herauszufinden, dass man dem Gesichtsausdruck anderer nicht unbedingt trauen kann. Zwar gelten im spielfreien anderen Leben nicht die gleichen Sitten, aber man sieht sich doch ungemein versucht, im Gesicht anderer zu lesen, was sie fühlen – und im Schilde führen. Dass man dabei mit jedem Jahr verbrachter Lebenszeit an Erfahrung gewinnt, scheint ziemlich sicher.

Aber da könnte man sich einmal mehr täuschen. Wenn stimmt, was die Psychologieprofessorin Shelley E. Taylor und Elizabeth Castle an der Universität von Kalifornien in Los Angeles mit ihrem Team herausgefunden haben wollen, haben gerade Ältere mehr Mühe, vertrauenswürdige von weniger vertrauenswürdigen Menschen zu unterscheiden. Die Frage, ob und warum ältere Menschen sich oft plump übers Ohr hauen lassen, ist ja berechtigt. Immer wieder hört man von Enkeltrickbetrug, von hinterlistig als Reparaturen auftretenden Handwerkern, die absurde Rechnungen stellen, und von faulen Anlageofferten, die am Ende sehr kostspielig werden können. Auch in den USA. Dort sollen schon 2010 die über 60-Jährigen um fast drei Milliarden Dollar betrogen worden

sein. Shelley E. Taylor, Elizabeth Castle und Kollegen prüften auf zwei Wegen, wie sich Jüngere und Ältere in der Einschätzung von Vertrauenswürdigkeit unterscheiden. Als Demo-Objekte dienten Gesichter, die in anderen Versuchen als vertrauenswürdig, neutral und nicht vertrauenswürdig beurteilt worden waren. 119 Mitglieder einer Alterssiedlung im Alter zwischen 55 und 84 (Durchschnitt 68) sowie 24 Junge – Studierende, wie oft in solchen Untersuchungen – dienten als Versuchspersonen. Es zeigte sich, dass beide Gruppen auf die als vertrauenswürdig und neutral geltenden Gesichter gleich reagierten. Doch bei den Gesichtern, denen man offenbar nicht vertrauen sollte, reagierten die Älteren gelassener als die Jungen und übersahen warnende Signale eher. (Wie allerdings ein nicht vertrauenswürdiges Gesicht aussieht, wird in der heute in den «Proceedings of the National Academy of Sciences» erscheinenden Publikation nicht dargestellt.)

Wie heute üblich, wurde der Befund auch in der Röhre eines Tomografen nachgeprüft. Mithilfe der sogenannten funktionellen Magnetresonanztomografie (fMRI) sucht man im Gehirn nach «Regionen von Interesse» oder ROIs, wo während des Lösen einer Aufgabe höhere Stoffwechselraten auftreten. Die werden dann als Hirnaktivitäten

gedeutet. Tatsächlich zeigte sich in einem Bereich (vordere Inselrinde oder *Insula anterior*) bei den jungen Probanden und Probandinnen mehr Betrieb, während bei den Älteren auf der Insel eher wenig los war. Die Deutung ist allerdings schwierig, wird doch gerade diese Hirnregion mit vielen Funktionen in Verbindung gebracht.

So oder so, Shelley E. Taylor rät zur Vorsicht. Die Psychologie-Professorin trägt, wenn sie über diese Dinge Vorträge hält, immer «Diamanten-Ohrhänge», die ihre Tante per Post eingekauft hatte und sich als pures Glas entpuppte hatten. Ihr über 70-jähriger Vater andererseits hatte für einen «so netten Mann» 6000 Dollar auf der Bank abgehoben. Er entpuppte sich als Obdachloser. Die Signale wurden glatt übersehen. Eine einfache Lehre lässt sich aus diesen Befunden nicht ziehen. Schon weil man nicht unbedingt damit rechnen kann, dass jemand, der mich betrügen will, auch gleich das richtige warnende Gesicht dazu macht. Eigentlich wäre ja schon tröstlich, dass ältere Menschen wider Erwarten eher mehr Vertrauen in andere haben. Muss ja nicht immer gleich alles in Betrug münden. Vertrauensselig werde man laut Shelley E. Taylor ohnehin früh. Das typische Opfer eines Finanzbetrugs sei ein 55 Jahre alter Mann mit grossen Erfahrungen als Investor.

## Basler Zeitung

National-Zeitung und Basler Nachrichten AG

Verleger, Filippo Leutenegger

Chefredaktor, Markus Somn (mso)

Stv. Chefredaktor, David Thommen (-en)

Chefredaktion, Eugen Sorg (eso), Textchef – Roland Harisberger (rh), Chef vom Dienst – Stephan Sutter (sus), Blattmacher

Assistenz: Laila Abdel'Al

Politik, Thomas Lüthi (tl), Leitung – Thomas Wehrli (thw), stv. Leitung – Claudia Biangetti (cbi) – Michael Breu (mbr) (Wissenschaft) – Dominique Burckhardt (db) – Martin Furrer (mfu) – Emanuel Gisi (eg) – Hansjörg Müller (hjm) – Markus Wüest (mw)

Bundeshaus, Dominik Feusi (ff), Beni Gafner (bg)

Basel-Stadt, Raphael Suter (ras), Leitung – Denise Dollinger (dd), stv. Leitung – Michael Bahnerth (mb) – Andrea Fopp (af) – Silvana Guanziroli (sg) – Mischa Hauswirth (hws) – Dominik Heitz (he) – Tina Hutzi (th) – Nina Jecker (nj) – Martin Regenass (mar) –

Katrin Roth (kr) – Markus Vogt (mv) – David Weber (daw)

Baselland, Daniel Ballmer (dab), Leitung – Georg Schmidt (gs), stv. Leitung – Martin Brodbeck (-eck) – Peter de Marchi (pdm) – Thomas Gubler (Gu) – Boris Gyggax (bgy) – Christian Harisberger (ch) – Jonas Hoskyn (hys) – Franziska Laur (fl) – Alessandra Paone (ale) – Dina Sambar (dis) – Kurt Tschan (kt) – Peter Walther (wap)

Wirtschaft, Dieter Bachmann (dba), Leitung – Patrick Griesser (pg) – Rahel Koerfen (rak) – Ruedi Mäder (rm) – Christian Mundt (muc) – Andreas Schwander (as) – Daniel Zulauf (dz)

Sport, Marcel Rohr (mr), Leitung – Andreas W. Schmid (aws), stv. Leitung – Eva Breitenstein (eb) – Oliver Gut (og) – Stefan Kreis (sk) – Tilman Pauls (tp) – Tobias von Rohr (tvr) – Dominic Willmann (dw)

Kultur, Christoph Heim (hm), Leitung – Sigfried Schibli (sb), stv. Leitung – Muriel Gnehm (mgn) – Nick Joyce (nj) – Hannes Nüsseler (nü) – Stephan Reuter (sr) – Christine Richard (chr) – Jochen Schmid (js) – Ursula Schneider (usr) – Julian Schütt – Stefan Stritmatter (mat)

Inlandkorrespondenten, Seraina Gross (sgr), Westschweiz – Gerhard Lob (lo), Tessin

Auslandkorrespondenten, Roman Arens (RA), Rom – Rudolf Balmer (RB), Paris – Sebastian Borge (bor), London – Wolfgang Drechsler (wdk), Kapstadt – Paul Flückiger (flü), Warschau – Hannes Gamillscheg (HG), Kopenhagen – Willi Germond (wig), Bangkok – Frank Hermann (fhw), Washington – Pierre Heumann (heu), Naher Osten – Patrick Marcolli (map), Berlin – Thomas Roser (tro), Belgrad – Renzo Ruf (r), Washington – Stefan Scholl (sch), Moskau – Reiner Wandler (rwa), Madrid

Meinungen und Profile, Thomas Waldmann (tw)

Autoren, Felix Erbacher (FE) – Hans-Peter Hammel (-minu) – Martin Hicklin (hckl)

Kolumnisten, Martin Breitenstein – Thomas Cueni – Max Frenkel – Helmut Hubacher – Daniel Vischer – Daniel Wiener

Spezialseiten, Lebensart/Reisen/essen&amp;Trinken: Ursula Schneider (usr)

Bildung: Markus Wüest (mw)

Mobil: Alfons Studer (ast)

Beilagen/Projekte, Roland Harisberger (rh) – Beate Brunner (bb) – Christian Fink (cf)

baz.ch, Alexander Müller (amu), Leitung – Lukas Bertschmann (lub) – Joël Gernet (jg) – Fabian Kern (ker), Sport

Produktion/Gestaltung, Benno Brunner (bb), Stv. Chef vom Dienst – Sarah Kuhnli (sku) – Eva Neugebauer (ene) – Nino Anguili und Bettina Lea Toffo, Teamleitung Gestaltung – Jean-Claude Basler – Paul Graf – Christian Jenni – Reto Mastria – Monika Müller – David Pümpin – Urs Rist – Paul Schwörer (Todesanzeigen)

Bildredaktion, Melody Gyggax, Leitung – Doris Flubacher

Fotografen: Mischa Christen – Daniel Desborough – Elena Monti – Henry Muchenberger – Margrit Müller – Roland Schmid – Bettina Matthiessen

Bildbearbeitung, Holger Böhrer – Nadine Borner – Thomas Tanner

Korrektur, Lesley Paganetti und Rosmarie Ujak, Teamleitung – Birgit Althaler – Aaron Bertoli – Katharina Dillier Muzzolini – Dieter Feigenwinter – Markus Riedel – Ellen Schneider – Dominique Thommen

Sachbearbeitung, Milena De Mattei – Anny Panizzi – Ruth Widin

Dokumentation/Archiv, Roger Berger, doku@baz.ch

Redaktion, Aeschlenplatz 7, Postfach 459, 4010 Basel, Telefon 061 639 11 11, Fax 061 631 15 82, redaktion@baz.ch / vorname.name@baz.ch

CEO Basler Zeitung Medien, Rolf Bollmann

CFO Basler Zeitung Medien, Stefan Meili

Leiterin Verlag, Sabine Galindo

Abonnements-, Zustell- und Reklamationsdienst, Montag bis Freitag von 6.30-18 Uhr, Samstag von 7-14 Uhr, Sonntag von 8-11 Uhr, Hochbergerstrasse 15, Postfach, 4002 Basel, Tel. 061 639 13 13, Fax 061 639 12 82, abo@baz.ch, www.baz.ch/abo

Basler Zeitung Medien, Bekanntgabe namhafter Beteiligungen: adicinsurance Services AG, am [allmedia] ag, bc best connect ag, Birkhäuser+GBC AG, bzm [werbe] ag, Die Zeitungsdrucker Schweiz AG, Distriba AG, Inseratunion AG, km [keymedia] ag, Neue Fricktaler Zeitung AG, Radio Vision AG, Restaurationsbetriebe Basler Zeitung AG, Sa-Na Verlag AG

Abonnementspreise, Basler Zeitung (mit Sonntagsausgabe, inkl. 2.5% MWST): 6 Monate Fr. 223.–, 12 Monate Fr. 426.–

Baz-Sonntagsausgabe 12 Monate Fr. 65.– (Ausland auf Anfrage)

Verlag, Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel, Tel. 061 639 11 11, verlag@baz.ch

Druck, Die Zeitungsdrucker Schweiz AG, Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel

BaZ am Aeschlenplatz, Aeschlenplatz 7, Postfach 459, 4010 Basel, Tel. 061 639 12 18, Fax 061 639 12 19

medienhaus@aeschlen.ch

Todesanzeigen: todesanzeigen@bzmmwerbeag.ch, Fax 061 639 12 19, Sa/So: Fax 061 639 17 84

Schalter für Inserate und Tickets: Montag-Freitag von 8.00 Uhr–18.00 Uhr, Samstag von 8.30 Uhr–12.30 Uhr

Büro Liestal, Basler Zeitung, Mühlegasse 3, 4410 Liestal, Redaktion Tel. 061 927 13 33, Fax 061 921 28 48

Inserate Tel. 061 927 13 47, Fax 061 921 28 48

Büro Fricktal, Basler Zeitung, Postfach, 4310 Rheinfelden, Redaktion Tel. 061 831 73 73

Büro Laufen/Schwarzbubenland, Basler Zeitung, Postfach, 4245 Kleinlützel Tel. 061 761 76 70, Fax 061 761 76 75

Inserate, Basler Zeitung Medien Werbe AG, Hochbergerstrasse 15, 4002 Basel, Tel. 061 639 10 50, Fax 061 639 10 20

info@bzmmwerbeag.ch, www.baz.ch

Reservierungen/Technische Koordination, Reto Kyburz

Annoncenpreis Basler Zeitung: s/w oder farbige Fr. 4.25, Basler Zeitung Gesamtausgabe (Freitag): s/w oder farbige Fr. 5.70

Wohnen &amp; Immobilien: Fr. 3.69, Arbeit &amp; Stellen: Fr. 5.70 (mm-Basispreis, zzgl. MwSt.)

Ein Mitglied des metropool